

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher Tannenberger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister und Erster Stadtrat,
werte Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer.

Die letzten beiden Jahre waren keine leichten Jahre – für uns alle nicht. Viele Menschen bangen immer noch um ihre Existenz, viele Kinder sehen ihre Freunde nicht mehr und viele ältere Menschen leiden unter Einsamkeit und Isolation. Die Menschen in den Krankenhäusern arbeiten unter Hochdruck. Lehrerinnen und Lehrer müssen jede Woche aufs Neue schauen, wie und ob sie die Klassen unterrichten können – bei offenen Fenstern und mit Maske. Eltern versuchen im Home-Office ihren Kindern und gleichzeitig ihrer beruflichen Beschäftigung gerecht zu werden. Wir vermissen Umarmungen, Feiern, unsere Freunde, den Urlaub und – da spreche ich jetzt für uns als politisch Aktive – wir vermissen es, unbefangen in einem Raum politisch diskutieren zu können.

Auch heute, wo wir den Haushalt der Stadt Hattersheim beschließen, der wohl nicht der letzte sein wird, der sich mit den Folgen von Corona beschäftigen wird.

Einnahmen

In der letzten und zu Beginn dieser Legislaturperiode konnten der Bürgermeister und die Regierungskoalition bestehend aus CDU, FDP und FWG auf die Arbeit von Rot-GRÜN aufbauen und Hattersheim als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiterentwickeln, weshalb die stetig steigenden Einkommens- und Gewerbesteuer-einnahmen dieses Jahr nicht nur für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen, sondern auch das Ende des Schutzschirmes von Hattersheim bedeuten.

In der Not– musste – die Grundsteuer B erhöht werden, um die Auflagen des Schutzschirmes erfüllen zu können. Das (Wahl-)Versprechen der CDU, die Grundsteuer B wieder zu senken, wurde bisher immer noch nicht eingelöst. Stattdessen profitiert die Regierungskoalition nun von den hohen Einnahmen.

Wir GRÜNE begrüßen den ausgeglichenen Haushalt, müssen aber unter dem Leitbild einer zukunftsfähigen Stadt auch die Ausgaben, die den Einnahmen

gegenüberstehen, unter dem Aspekt einer ökologisch-, sozial- und ökonomisch gerechten Zukunft betrachten.

Ausgaben und zukünftige Herausforderungen

Nicht benötigte Finanzmittel und ein Abbau von Schulden sind positiv. Die Kehrseite sind allerdings nicht umgesetzte Investitionen und Aufgaben.

Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

Die vergangenen vier Jahre waren weltweit die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Folgen des menschengemachten Klimawandels werden immer offensichtlicher. Sie werden sich langfristig auch im Haushalt niederschlagen, beispielsweise wenn es darum geht, die Folgen von Starkregenereignissen abzumildern. Technische Erfindungen allein werden uns nicht ausreichen, denn sie setzen nicht an der Ursache an, sondern verhindern nur die Folgen.

Was notwendig ist, um die Erderwärmung mit all ihren Folgen zu begrenzen, kann man jeden Tag lesen und hören: Reduzierung des Verkehrs, klimataugliche Landwirtschaft, nachhaltiger Konsum, drastische Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe und Eindämmung der Flächenversiegelung. Was abstrakt klingt, ist uns trotzdem sehr nah. Denn wo anders als vor Ort sollen die Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele in konkretes Handeln umgesetzt werden?

Das Gleiche gilt für die Energiewende. Gerade hier hat unsere Stadt eine Menge Luft nach oben. Unser Antrag, städtische Dächer mit PV-Anlagen zu bestücken oder hilfsweise an Dritte zu verpachten, die dies machen können und wollen, wurde abgelehnt. Noch immer stehen viel zu viele städtische Dächer „oben ohne“ herum.

Derzeit schreiben sich (fast) alle Parteien Klimaschutz auf ihre Fahnen, doch die Stadt Hattersheim zeigt bei genauerer Betrachtung nur halbherziges Engagement.

Wir GRÜNEN haben einen anderen Anspruch an einen aktiven Klimaschutz. Wir wollen, dass mehr investiert wird und der/die künftige Klimaschutzmanager:in mit einem größeren Budget ausgestattet wird. Die Aufgaben und Kompetenzen, ein festes ausreichendes Budget, der Einfluss auf konkrete Projekte und tägliches

Handeln muss festgeschrieben werden, damit diese neue Stelle nicht zu einem zahnlösen Tiger wird.

Wenn Hattersheim zur grünsten Stadt in Hessen werden soll, wie im Kommunalwahlprogramm der CDU zu lesen war, besteht eindeutig Nachholbedarf. Und ja – ich sag es auch hier noch einmal gerne – dann ist es unverständlich, wie die Stadt 30.000 € in die Weihnachtsbeleuchtung investiert, die effektiv für 5 bis 6 Wochen in der Stadt leuchtet – und im Gegenzug (abzüglich der Förderung des Landes Hessen) nur 29.000 € in das Produkt Klimaschutz einstellt.

Wir haben eine ganze Generation von jungen Menschen aus allen politischen Lagern, die mit der bisherigen Klimaschutzpolitik unzufrieden ist. Die Antwort der Hattersheimer Regierungspolitik reicht uns dazu nicht und wir werden diese unzureichende Klimaschutzpolitik weiterhin anprangern.

Eine Reduzierung der Treibhausgas-emissionen des fossilen Verkehrsaufkommens ist eng verknüpft mit der Lebensqualität der Stadtbevölkerung, denn jede Maßnahme, die den automobilen Verkehr in der Stadt einschränkt und die Mobilität auf andere, umweltschonende Verkehrsmittel verteilt, kommt der Stadtqualität zugute. Die weiterhin mit einer Reduktion des Verkehrs verbundenen Aspekte sind die Verbesserung der lokalen Luftqualität und die Minderung der Lärmbelastung.

Wir erwarten von einem Mobilitätskonzept noch mehr: Wir sehen darin einen ersten Schritt zu einer kommunalen Verkehrswende. Deshalb positionieren wir uns als GRÜNE ganz klar: Wir wollen Anleitungen, Vorschläge und Anreize auf den Tisch, wie die täglichen Autofahrten unseres hausgemachten Verkehrs in unserer Stadt verringert werden können – mit intelligenten Angeboten im Radverkehr, bei Bus und Bahn sowie bei den Fußwegen. Wir sehen auch Vorschläge für einen stadtverträglichen Straßenverkehr mit weniger Autos auf weniger Fahrbahnflächen und einer Reduzierung des Flächenverbrauchs für den ruhenden Verkehr. Es gibt inzwischen zahlreiche Praxisbeispiele, wie Fuß- und Radverkehr, ÖPNV-Ausbau, E-Mobilität und Multimodalität ineinandergreifen können. Dafür braucht es aber den politischen Willen, das Personal und die finanziellen Mittel, die hier im Haushalt nicht ausreichend verfügbar sind.

Wir fordern deshalb einen Mobilitätsbeauftragten für die Stadt Hattersheim, der bereits zugesagt wurde, sowie die Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes. Das letzte

Konzept wurde in Form eines Verkehrsentwicklungsplans gemeinsam mit politischen Gremien, Organisationen und Verbänden in den Jahren 2005/2006 erstellt und beschlossen. Wenn man die aktuellen Baugebiete, das zusätzliche Verkehrsaufkommen und die technischen Neuerungen betrachtet, ist eine Neuaufstellung längst überfällig. Natürlich sind E-Autos nicht die Allheilsbringer, wenn es um den Klimaschutz geht. Gegengerechnet deckt das Hattersheimer Angebot an E-Ladestationen bei Weitem nicht die enorme Nachfrage, die zurzeit besteht. Deshalb sollten 50.000 € für die Errichtung von E-Ladestationen im Haushalt vorgesehen werden.

Neben der Mobilität braucht es ein von uns Grünen seit Jahren gefordertes umfassendes Stadtentwicklungskonzept, das neben der Entwicklung und Steuerung des Verkehrs vor allem klare Aussagen trifft, an welchen Stellen und in welchem Umfang Wohnbebauung sinnvoll ist, wo sich Gewerbe entwickeln soll, wo und welche Infrastruktur (z. B. Kinderbetreuung, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Einzelhandel, ...) vorzuhalten ist.

Es war viele Jahre lag Tradition, dass bei der Planung neuer Wohngebiete ortsnah kindgerechte Betreuung eingeplant wurde (siehe die Baugebiete Nordost, Südwest, Nestle). Leider wurde in den vergangenen fünf Jahren nicht ausreichend an die Familien gedacht und neben fehlenden Kita-Plätzen leidet auch die Qualität der Einrichtungen. Container, die als Zwischenlösung vorgesehen waren, werden aufgestockt und dauergenutzt. Selbst neu zu planende Kitas werden an unliebsame Ränder gedrängt: als Obergeschoss auf einen Discounter, direkt an einer vielbefahrenen Zufahrtstraße mit Blick auf Gewerbe und Lärmschutzwand. Wir fordern die Regierungsfractionen auf, den Blick wieder mehr auf die Bedürfnisse der Kinder zu richten und gute pädagogische Konzepte auch baulich zu ermöglichen.

Einen erfreulichen Punkt möchte ich aber auch nicht unerwähnt lassen. Das von uns GRÜNEN seit Jahren geforderte Spülmobil hat es nun endlich wieder in den Haushalt geschafft.

Corona-Auswirkungen

Wie zu Beginn schon erwähnt, bestimmt die Corona-Pandemie leider immer noch unseren Alltag. Die Folgen sind heute – teilweise - schon sichtbar, lassen sich aber

längerfristig noch nicht konkret abschätzen. Mit der Initiative der Stadtverordneten Frau Fredebold, einen Corona-Arbeitskreis zu gründen und interfraktionell zusammen zu arbeiten, konnten wir kreisweit als Stadt Hattersheim ein Zeichen setzen. Denn in der Coronapolitik geht es nicht um Parteipolitik, sondern es geht darum, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, indem wir informieren, und niedrigschwellige Möglichkeiten bieten, damit sich Menschen impfen lassen können. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an Frau Fredebold.

Um weiter überparteilich im Corona-Arbeitskreis arbeiten und auf die Nöte der Menschen eingehen zu können, ist es uns GRÜNEN ein besonderes Anliegen, ein Budget von 40.000 € für Maßnahmen zur Abmilderung der Coronafolgen speziell für Kinder und Jugendliche in den Haushalt einzustellen. Mit dem Budget kann proaktiv auf das kulturelle, musische und sportliche Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen eingegangen werden, die besonders unter den Einschränkungen gelitten haben. Auch ergänzende Angebote zu den Ferienspielen sind denkbar.

In Gesprächen mit den Schulen stellte sich heraus, dass Sonderimpfaktionen für Kinder kindgerecht gestaltet und angeboten werden sollten. Auch hier können wir mit einem gebundenen Budget im Haushalt eine Vorreiterrolle im Main-Taunus-Kreis einnehmen. Schlussendlich danke ich noch einmal allen Fraktionen, dass sie diesen Antrag einstimmig angenommen haben.

Ehrenamt und Erinnerungskultur

Eine Stadt zukunftsfähig auszurichten, heißt auch immer aus der Vergangenheit zu lernen und zwar nicht nur aus ökonomischer Sicht sondern auch aus der Erinnerungskultur heraus.

Wenn wir uns die Stadtgeschichte näher betrachten, gibt es im Hattersheimer Stadtgebiet Orte, die an das jüdische Leben in Deutschland erinnern, wie beispielsweise die ehemalige jüdische Schule in Okriftel.

Im Städtebaulichen Vertrag vom 30.06.2016 mit den Eigentümern des Phrix-Geländes steht zum Thema Standortgeschichte folgendes– ich zitiere:

„Zur Dokumentation der zum Teil schmerzlichen Standortgeschichte, vor allem während der Zeit des Nationalsozialismus, ist geplant, die ehemalige Jüdische Schule als Denkmal zu erhalten und einer Ausstellungsnutzung zu Denkmalwerten der ehemaligen Phrix-Werke zuzuführen.“

Nun wurde der Antrag unsererseits zurückgezogen, da die Koalition der festen Überzeugung war, dass der Antrag formal nicht korrekt sei, da das Grundstück nicht der Stadt gehöre.

Hierzu haben wir uns sachkundig gemacht: In städtebaulichen Verträgen werden Rechte und Pflichten der Beteiligten festgelegt. So kann vereinbart werden, dass ein Eigentümer oder Bauträger auf eigene Kosten Gemeinschaftseinrichtungen wie z. B. eine Kita, einen Spielplatz, oder eine Grünanlage baut und sie anschließend kosten- und lastenfrei an die Stadt überträgt. Auch die Übertragung von Grundstücken und vorhandenen Bauwerken an die Stadt wird durch städtebauliche Verträge geregelt. (Pförtnerhaus, Schornstein und Werkstattgebäude durch Nestle an die Stadt). Die Stadt kann dann das an sie übertragene Eigentum selbst nutzen, oder zur Nutzung an andere weitergeben oder verkaufen. Eine Übertragung der jüdischen Schule zur Nutzung als Gedenkstätte und für Ausstellungen war Bestandteil des Vertrages mit den Eigentümern der Phrix. Als Gegenwert wurde durch die Änderung des Bebauungs-plans das ehemalige Industriegebiet zum höherwertigen Wohngebiet umgewandelt.

An dieser Stelle fehlt eindeutig der politische Wille, Erinnerungskultur aktiv zu gestalten.

Fazit

Der Preis für den Kommunalen Schutzschirm war hart, aber notwendig.

Das betrifft Sparbeschlüsse und Steuererhöhungen, die in alle Teile unserer Stadt hineingewirkt haben. Auch die Hessenkasse, die wir gerne nutzen und die ein weitsichtiges Angebot darstellt, ist nicht kostenlos.

Unsere Stadt hat hervorragende Perspektiven. Dazu gehört aber auch, dass wir den Mut haben, diese Chancen auch zu ergreifen und da reicht **ausdrücklich nicht** der Blick auf den nächsten Meter, das Hier und Heute.

Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass Hattersheim sich nicht nur im Bereich der Digitalisierung als „Zukunftskommune“ versteht, sondern ebenso beim Umgang mit dem Klimawandel, dem Natur- und Artenschutz und dem sozialen Zusammenhalt.

Die mit diesen Themen verbundenen Herausforderungen müssen wir gemeinsam und entschlossen angehen.

Wenn wir uns also für ein Mobilitätskonzept einsetzen, für Blühstreifen und Biotopverbundsysteme, für eine Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen, für Vorgärten, in denen es blüht und summt, für stärker verdichtetes Bauen und wenn wir uns für eine kommunale Kultur für alle Bürger*innen aussprechen, dann sind dies für uns Beiträge zur enkeltauglichen Gestaltung unserer Stadt, die weit über 2022 hinausreichen.

Die GRÜNE Fraktion lehnt den Haushalt in der jetzigen Form ab und bedankt sich für Ihre Aufmerksamkeit.